

# Holzarbeiter

# Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 35 Berlin, den 27. August 1932 40. Jahrgang

## Hitlers organisierter Massenbetrug

Die Verhandlungen Hitlers mit dem Reichskanzler von Papen und dem Reichspräsidenten von Hindenburg über die Umbildung der Reichsregierung haben zu keiner Verständigung geführt. Über den Verlauf der Unterredung mit Hindenburg heißt es in der amtlichen Veröffentlichung unter anderem:

„Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten.

Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident v. Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Von der Parteileitung der Nazis ist die Feststellung der amtlichen Erklärung, daß Hitler die „gesamte Staatsmacht in vollem Umfange“ für sich beansprucht habe, als falsch bezeichnet worden, einige Nazizeitungen nannten sie sogar eine Lüge. Hitler habe nur die Führung der gesamten Staatsgewalt gefordert. Demgegenüber wird von amtlicher Seite festgestellt, daß Hitler dem Reichspräsidenten wörtlich gesagt habe, er,

Hitler, fordere für sich die gleiche Stellung und die gleichen Vollmachten, wie Mussolini sie nach dem erfolgten Marsch auf Rom verlangt und erhalten hätte.

Hitlers Verlangen, ihn wie Mussolini regieren zu lassen, zeigt seinen Größenwahn in hellstem Licht. Man kann über Mussolini denken, wie man will, das eine müssen aber selbst seine schärfsten Gegner zugeben, daß er ein Kerl ist, der schon, bevor er die Regierungsgewalt an sich riß, etwas konnte und als Arbeitervertreter geleistet hatte. Von Hitler ist nur bekannt, daß er Reden halten kann, die geistig arme und nach Blut lechzende Menschen begeistern, daß er sein Ehrenwort brechen

kann, ohne dabei Gewissensbisse zu empfinden, daß er in Zivil „böhmischer Anstreicher“ und im Kriege „böhmischer Gefreiter“ war. Zum Führer der Nazi-Partei reichen solche Qualitäten wahrscheinlich aus, ja hier ist Hitler offensichtlich der rechte Mann am rechten Fleck. Als Minister aber wäre er ein Schandfleck für Deutschland.

Dieser Ansicht scheinen die heutigen Machthaber leider nicht zu sein. Aus der Regierungserklärung geht weiter hervor, daß dem Hitler der Posten des Vizekanzlers angeboten worden ist, ferner wollte Papen „einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien betreiben, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen“.

Um welche Ministerien es sich dabei gehandelt hat, ist öffentlich nicht bekannt geworden. Es wird jedoch glaubhaft erzählt, daß die Nazis die Hälfte der Ministersitze bekommen sollten und daß sie u. a. den Arbeitsminister, den Wirtschaftsminister und den Finanzminister hätten stellen können. Also jene Reichsminister, auf die es heute besonders ankommt, auf welche die Arbeitermassen schauen und von deren Willen und Tatkraft ihre künftige Existenz und damit das Schicksal der ganzen deutschen Wirtschaft in hohem Maße abhängt.

Die „Fachmänner“ und „Tatmenschen“ der Nazis hätten jetzt als Reichsminister gute Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was sie können. Man komme uns nicht mit dem Einwand, das sei nicht möglich gewesen, da ihnen nicht „die gesamte Staatsgewalt“ übertragen worden sei. Das ist richtig, aber ihre Stellung innerhalb der Regierung und des Reichstags wäre unvergleichlich stärker gewesen als die der Sozialdemokratie in einigen früheren Reichskabinetten. Obwohl die sozialdemokratischen Minister stets nur eine kleine Minderheit des Gesamtkabinetts waren, haben sie sich in vielen wichtigen Arbeiter- und Wirtschaftsfragen doch durchgesetzt. Wenn von den Erfolgen der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre heute nicht mehr viel zu merken ist, so ist das in erster Linie die Schuld der Nazis. Ihr Kampf gegen die „Novemberverschreiber“ hat die Reaktionsäre aller Schattierungen wieder in den Sattel gehoben. In dem gleichen Tempo, wie die Nazibewegung wuchs, kürzten die Unternehmer die Löhne und verschlechterten die Regierungen die Sozialgesetz-

gebung. Das sind Tatsachen, an denen sich nicht rütteln und deuteln läßt.

Die Ablehnung der angebotenen Ministersitze durch Hitler erfolgte in Wirklichkeit nicht deshalb, weil er damit zu wenig, sondern zu viel Macht erhält. Wenn die Nazis in die Regierung hineingegangen wären, hätten sie an die praktische Durchführung ihrer den Wählern gemachten Versprechungen gehen müssen. Sie hätten dann zeigen müssen, ob sie wirklich eine Arbeiterpartei sind. Vor diesem Beweis grauten die Naziführer. In diesem Reichstag liegen die Dinge nämlich so, daß für alle sozialfortschrittlichen und sozialistischen Forderungen eine Mehrheit vorhanden ist, so fern auch die Nazis dafür stimmen. Nazis, Sozialdemokraten und Kommunisten haben zusammen 452 Abgeordnete, also eine Zweidrittelmehrheit. Den Nazis ist es jetzt mithin ein leichtes, ihre Arbeiterforderungen in Gesetzesform zu gießen. Sie denken aber garnicht daran! Ihre schönen Forderungen sind eine bewußte Täuschung der Massen. Wie verlogen die Nazis sind, dafür zwei lehrreiche Beispiele: Im Programm der Nazis steht in der 6. Auflage unter Punkt 13: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht.“ Jetzt ist die 7. Auflage erschienen, und da steht an Stelle von „verstaatlicht“ nur noch „bekämpfen“. Also ganz unter der Hand, ohne daß seine Anhänger und die große Öffentlichkeit davon etwas merken, hat

Hitler einen seiner wichtigsten Programmpunkte in die Ecke geworfen. Nicht weniger aufschlußreich ist die Neuformulierung einer Bestimmung über den Arbeitslohn. In der alten Auflage des Parteiprogramms hieß es, „der wahre Unternehmer muß seine Arbeiter gut entlohnen“, in der neuen Veröffentlichung fehlt diese Stelle ganz. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmer die Arbeiter mit Hungerlöhnen heimtschicken können, wenn sie es wollen.

Das Entgegenkommen der Nazi-Parteileitung an die Forderungen und Grundsätze des Unternehmertums wundert den nicht, der weiß, daß die Naziführer eine Schutztruppe des Kapitals sind. Die Unternehmer aus Industrie, Handel und Landwirtschaft sind von Anfang an die Geldgeber des Hitler. Ohne deren Millionen und aber Millionen wäre die Nazibewegung heute noch eine kleine Partei. Und wenn die Geldquellen von jener Seite einmal nicht mehr fließen würden, wie das bisher geschehen ist, dann stände die Hitler-Partei bald vor dem Zusammenbruch. Das wissen Hitler und seine Gesellen natürlich besser als jeder andere. Daher drücken sie sich vor der Durchführung ihrer oben angeführten programmatischen Forderungen. Und so tritt die Nazibewegung immer klarer in Erscheinung, was sie in Wirklichkeit ist: Ein organisierter Massenbetrug!

## Unsere Verbände im Jahre 1931

Die Mitgliederentwicklung der im ADGB zusammengeschlossenen Arbeiterv Verbände im Jahre 1931 bestätigt die alte Erfahrungstatsache, daß in Krisenzeiten so mancher Gewerkschafter faherflüchtig wird. Das Jahr 1931 war für die deutsche Arbeiterschaft ein schlimmes Krisenjahr. Im Jahresdurchschnitt waren von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht weniger als 34,7 Prozent völlig arbeitslos und weitere 16,7 Prozent wurden nur mit stark verkürzter Arbeitszeit beschäftigt.

Unter dem Druck der langen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben verschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen das Interesse an der Gewerkschaftsbewegung verloren, sie meldeten sich bei ihrem Verband ab oder ließen nichts mehr von sich hören. Das ist eine sehr kurzfristige Haltung. Gerade die aus dem Produktionsprozeß ganz oder teilweise Ausgestoßenen hätten alle Ursache, ihrem Verband die Treue zu halten, denn für sie hat die Organisation wirklich alles getan, was in ihren Kräften stand. Das beweist ein Blick auf die Unterstützungsleistungen der Verbände. Die Arbeitslosen müßten nicht nur selbst treue Gewerkschafter bleiben, sondern dar-

über hinaus unermüdlich für ihren Berufs- oder Industrieverband werben. Sie müßten dafür sorgen, daß die Gewerkschaften groß und stark bleiben, damit sie den gerade in Krisenzeiten besonders stürmischen Unternehmerangriff auf die früher erkämpften Arbeits- und Lohnbedingungen abwehren können. Je mehr ihnen das gelingt, um so besser ist dies für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch die Arbeitslosen von heute haben davon einen Vorteil, denn eines Tages kommt auch für sie bestimmt die Stunde, wo sie endlich wieder einen Arbeitsplatz finden werden. Über die Höhe des Lohnes, der ihnen dann geboten wird, fällt in diesen Krisenjahren die Entscheidung. Ist es den Gewerkschaften dank der Treue ihrer arbeitenden und arbeitslosen Mitglieder möglich, die Lohnabbauforderungen auf ein erträgliches Maß zurückzuschlagen, dann werden die Arbeitslosen bei ihrer Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß auch geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse vorfinden.

Noch niemals waren große und starke Gewerkschaften so nötig wie in dieser furchtbaren Notzeit. Darum ergeht an alle Organisierten der Ruf: Halteteurem

Verband die Treue und werb unermüdetlich neue Mitglieder! Dem ADGB. waren am Jahresluß 1931 insgesamt 30 Verbände angeschlossen, das ist einer weniger als ein Jahr vorher, und zwar durch den Anschluß des Dachdecker-Verbandes an den Deutschen Bauergewerksbund. Alle Verbände zusammen zählten Ende 1931 noch 4134902 Mitglieder, das sind 581667 oder 12,3 Prozent weniger als Ende 1930. Von den 4134902 Mitgliedern waren 570836 Frauen und 170854 Jugendliche.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruchs der Währung und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4,0 und 4,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, die Fahnen jedoch schnell verließen, als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in zähem Kampf erobert werden muß. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, allermaßlos Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB. mit 4134902 noch höher als Ende 1924 mit 4023867 und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 3932035. Das heißt: Das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen großen Krise unerschütterlich.

Den Mitgliederbestand der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1930, 1931 und im Jahresdurchschnitt 1931 zeigt nachstehende Tabelle:

**Verbände und Mitglieder.**

Verbände	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt 1931	
	1930 insgesamt	1931 insgesamt	insgesamt	davon weibliche
Baugewerksbund	472 808	390 306	433 019	324
Bekleidungsarbeiter	68 581	56 347	62 400	29 521
Bergbauindustriearb.	190 855	164 188	176 826	235
Buchbinder	54 795	49 485	51 953	30 747
Buchdrucker	90 389	88 436	89 575	—
Eisenbahner	240 410	203 518	222 480	1 535
Fabrikarbeiter	441 292	386 982	413 477	77 792
Friseurgehilfen	3 952	3 249	3 616	713
Gesamtverband d. Arbeitnehmer d. öffentl. Betr. und d. Verkehrs	673 375	618 392	655 600	77 062
Graph. Hilfsarbeiter	38 985	34 739	37 001	22 852
Holzarbeiter	299 924	269 142	285 804	17 089
Hotel-, Restaur.- und Caféangestellte	30 290	27 503	28 559	7 896
Hutarbeiter	16 740	15 228	16 022	9 986
Kupferschmiede	6 778	5 763	6 384	—
Landarbeiter	165 505	131 286	138 717	13 761
Lederarbeiter	34 236	31 426	32 966	6 691
Lithographen	24 787	23 879	24 357	33
Maler	57 894	51 562	55 361	133
Maschinisten	50 836	38 275	43 689	23
Melker	13 000	12 807	12 906	206
Metallarbeiter	940 578	826 864	870 548	61 316
Musiker	19 265	15 617	17 361	296
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	174 469	156 950	167 159	29 368
Sattler, Tapezierer u. Portefeilher	38 321	33 907	36 187	3 475
Schornsteinfeger	3 172	3 207	3 261	—
Schneidmacher	65 902	59 917	63 264	27 553
Steinarbeiter	56 635	44 402	51 161	226
Tabakarbeiter	12 543	60 721	66 877	52 089
Textilarbeiter	276 574	246 296	261 663	146 546
Zimmerer	803 678	74 408	99 596	—
Zusammen	4 716 599	4 134 902	4 417 852	617 966
1930	—	4 716 599	4 821 852	684 978

Mit Ausnahme des Verbandes der Schornsteinfeger, der noch eine geringe Zunahme von 135 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ging die Mitgliederzahl in allen Verbänden mehr oder weniger stark zurück. Den stärksten Verlust hatte der Verband der Maschinisten und Heizer mit 24,7 Prozent. Es folgten der Verband der Steinarbeiter mit 21,6, Landarbeiter mit 20,7, Musiker mit 18,4, Friseur mit 17,8, Bekleidungsarbeiter mit 17,5, Berggewerksbund mit 17,4, Tabakarbeiter mit 16,3, Sattler, Tapezierer und Portefeilher mit 15,6, Eisenbahner mit 15,3, Kupferschmiede mit 15,0, Bergbauindustriearbeiter mit 12,1, Graphische Hilfsarbeiter mit 10,9, Textilarbeiter mit 10,9, Holzarbeiter mit 10,3, Nah-

rungsmittel- und Getränkearbeiter mit 10,0, Buchbinder mit 9,7, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte mit 9,2, Schuhmacher mit 9,1, Hutarbeiter mit 9,0, Zimmerer mit 8,9, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. mit 8,2, Lederarbeiter mit 8,2, Lithographen mit 3,7, Buchdrucker mit 2,2 und Melker mit 1,5 Prozent.

Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederrückgang ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 Mk. um 47 349 093 Mk. und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 Mk. um 25 561 313 Mk. niedriger als im Vorjahr. Im einzelnen gestalteten sich die Einnahmen im Vergleich mit denen des Jahres 1930 wie folgt:

	1930 Mk.	1931 Mk.
Eintrittsgelder	325 670	165 518
Verbandsbeiträge	173 391 574	131 506 154
Örtliche Beiträge	36 349 964	27 253 606
Extrabeiträge	2 100 084	4 458 732
Zinsen	7 235 656	6 525 232
Sonstige Einnahmen	12 252 356	14 396 969

Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41 885 420 Mk. und bei den örtlichen 9 096 358 Mk., zusammen 50 981 778 Mk. und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltpläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebraachte Summe 4 458 732 Mk. und ist um 2 358 684 Mark höher als 1930.

Die Gesamtausgaben sind mit 215 621 078 Mk. um 31,3 Millionen Mark höher als die Gesamteinnahmen. Wie sie sich im Vergleich mit dem Jahre 1930 auf die einzelnen Positionen verteilen, zeigt nachstehende Übersicht. Die Ausgaben betragen für:

	1930 Mk.	1931 Mk.
Unterstützungen	123 522 713	109 888 848
Arbeitskämpfe	9 887 447	10 595 741
Presse und Bildungszwecke	13 957 587	11 234 661
Agitation und Organisation	22 919 738	18 954 603
Sonstiges	10 045 131	11 526 718
Verwaltung	60 849 775	53 430 507

Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben, nämlich 51 Prozent, entfielen auf Unterstützungen, die sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt verteilen:

	1930 Mk.	1931 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	77 730 533	69 108 173
Krankenunterstützung	22 847 119	17 162 146
Sterbefallunterstützung	4 276 564	4 258 522
Invalidentunterstützung	8 001 197	11 462 067
Notfallunterstützung	5 189 105	3 915 380
Reiseunterstützung	1 153 500	986 389
Umzugsunterstützung	214 992	159 392
Sonstige Unterstützung	3 019 775	1 814 028
Rechtsschutz an Mitglieder	1 098 928	1 019 751

Obwohl einige Verbände waren, die Unterstützungssätze oder die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat einigermaßen auszugleichen, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebende Summe von 109 888 848 Mk. an Unterstützungen ausbezahlen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Geklaff der Nazi- und Kozi-Phraseure und ihrer gedankenlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.

**Wer ist hilfsbedürftig?**

Die wenigen Wochen, die seit Inkrafttreten der Verordnung vom 14. Juni 1932 zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung ins Land gegangen sind, haben Ungerechtigkeiten gezeitigt, die selbst ihre Urheber nicht erwartet haben können. Hat ein Arbeitsloser sechs Wochen versicherungsmäßige Unterstützung bezogen, dann erhält er ab der siebenten Woche Unterstützung nur, soweit er im Sinne der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. August 1931 hilfsbedürftig ist. Die Arbeitsämter sind gehalten, sich mit den Wohlfahrtsämtern über die Gewährung oder Ablehnung der Unterstützung in Verbindung zu setzen. Zur Festsetzung der Höhe der Unterstützung dienen nun die für die Wohlfahrtsämter geltenden Richtsätze. Ferner werden die Einkommen der Angehörigen zum Unterhalt des Arbeitslosen entsprechend herangezogen. Hierbei hat sich nun folgendes Paradoxum herausgestellt.

Die Wohlfahrtsämter greifen nur insoweit das Einkommen der Angehörigen an, als diese im Sinne der §§ 1601 bis 1615 des Bürgerlichen Gesetzbuches unterhaltspflichtig sind. Da dies nur bei Abkömmlingen, Voreltern und Eltern, also Verwandten in gerader Linie, der Fall ist, kann z. B. das Einkommen von Geschwistern, Schwägern und Schwiegereltern nicht herangezogen werden.

Die Arbeitsämter aber sind gehalten, auch solche Einkommen auf die Unterstützung anzurechnen, allerdings unter Freilassung eines gewissen Prozentsatzes, etwa 25 bis 50 Prozent. Infolgedessen kommt es häufig vor, daß ein Arbeitsloser zwar nach den Richtlinien der öffentlichen Fürsorge noch Unterstützung erhalten würde, diese jedoch vom Arbeitsamt versagt wird.

Ein anderes Paradoxum besteht darin, daß ein Arbeitsloser beim Arbeitsamt weniger Unterstützung erhält, als er in der öffentlichen Fürsorge erhalten würde. Nämlich dann, wenn der Tabellensatz des Arbeitsamts unter dem Richtsatz der Gemeinde liegt. Dieser Fall tritt ein, wenn der Arbeitslose in den letzten 26 Wochen von seiner Arbeitslosmeldung einen nur geringen Verdienst erzielt hat. In einer Stadt von über 10000 Einwohnern beträgt z. B. der Fürsorgetarifsatz für eine Familie mit Frau und zwei Kindern wöchentlich 15,50 Mk. Da der Arbeitslose seine letzte Anwartschaft aber mit einem wöchentlichen Lohn von 30 Mk. erworben hat, erhält er nach Lohnklasse IV, V, VI mit drei Zuschlägen in der Ortsklasse A nur eine Unterstützung von 13,80 Mk., also gegenüber dem Wohlfahrtsatz ein Weniger von 1,70 Mk. Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeitslosen in der Stadt, wenn sie endlich aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgesteuert werden, um recht bald in den Genuß der Wohlfahrtsunterstützung zu kommen?

Die Erfahrungen seit Inkrafttreten der Notverordnung haben noch ein weiteres gezeigt. Während die Arbeitslosen vorher zum überwiegenden Teil noch in der Lage waren, von ihrer Unterstützung auch die Wohnungsmiete zu bestreiten, ist dies jetzt unmöglich geworden. Aus den bei den Spruchausschüssen vorgebrachten Beschwerden klingt überall die ernste Sorge durch: was werden wir, wenn die Miete nicht mehr gezahlt werden kann und eventuell die Wohnung geräumt werden muß.

Die Folge der Notverordnung wird daher sein, daß die Gemeinden entweder Mietzuschüsse gewähren müssen oder aber, wenn die Hausbesitzer infolge des Mietausfalls ihre Steuern nicht mehr zahlen können, sogar die Häuser übernehmen müssen. Also haben nicht nur die Arbeitslosen die Härte der Papen-Verordnung zu kosten, sondern das Elend plauzt sich auch bis weit in die Kreise des Mittelstandes fort. Es ist eben „der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuzugend Böses muß gebären“.

Die Ausführungen unseres sachkundigen Mitarbeiters beweisen, daß die heutigen Vorschriften über die Hilfsbedürftigkeit unhaltbar sind. Wir hoffen, daß die Reichsregierung das einsieht und neue Richtlinien herausgibt.

**Nun auch noch eine Margarinesteuer?**

Im Schoße der Regierung Papen-Schleicher reifen viele volksfeindliche Pläne. Einer davon ist die Einführung einer Margarinesteuer. Sie ist als eine weitere Stützung der deutschen Landwirtschaft gedacht. Mit dieser Begründung ist in den letzten Jahren allerhand Unfug getrieben worden. Wir erinnern nur an die Erhöhung der Getreide-, Vieh-, Fleisch-, Butter- und Gemüsezölle. Diese und viele andere Zoll-erhöhungen sollten zum Schutze der deutschen Landwirtschaft notwendig sein — sie sind durchgeführt worden, ohne daß der Landwirtschaft in der wünschenswerten Weise damit geholfen worden wäre. Sie schreit heute noch genau so laut um Hilfe wie vor dem. Der einzige fühlbare Erfolg aller dieser Maßnahmen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft ist eine ungeheuerliche Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen. Das müßte auch die Wirkung der Margarinesteuer sein, wenn sie eingeführt werden würde.

Auf diesen Umstand weisen die Vorstände des ADGB. und des AIA-Bundes in einem Schreiben an die Reichsregierung nachdrücklich hin. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

„Da die Margarine nur wegen ihrer Billigkeit und daher zwangswise gerade von den unbemittelten Volkskreisen gekauft wird, würde eine Margarinesteuer eine Sonderbesteuerung für diejenigen darstellen, die bereits aus bitterer Armut zu Ersatzstoffen greifen müssen. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung finden, in der die Einkommen ständig sinken, müßte eine derart unsoziale Maßnahme eine gefährliche Verzweiflungs- und Empörungsstimmung hervorrufen.“

Auf der anderen Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Im Gegenteil: der Zwang, höhere Einkommenbeiträge in der Margarine anzulegen, würde nur zur Folge haben, daß die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse — Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. — zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müßten.

Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unsere Vermutung bestätigen, daß die Erhöhung der Butterzölle, die für die Exportindustrie bereits außerordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nichts genutzt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen.

Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie für die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmaßnahmen begrüßen. Aber diese Maßnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise, gröblich verletzen.“

Diese Ausführungen der Gewerkschaften decken sich mit den Gedanken vieler Millionen Volksgenossen. Darüber sollten sich die Männer der Reichsregierung im klaren sein. Wenn sie trotzdem an ihrem Plan festhalten, so begehen sie an den Massen des Volkes ein neues, schweres Unrecht!

**Hitlers Traum und die Wirklichkeit**





# Aus dem Verbandsleben



## Arbeitslose Lehrlinge in der deutschen Holzindustrie

Der Vorstand hat kürzlich eine Umfrage über die Zahl der arbeitslosen Lehrlinge in der Holzindustrie veranstaltet. Das Ergebnis bestätigt die vorherige Vermutung, daß in der Holzindustrie verhältnismäßig wenig Lehrlinge vor Beendigung des Lehrverhältnisses aus den Betrieben ausscheiden. Von den rund 1000 Verwaltungsstellen konnten nur 72 in ihrem Tätigkeitsbereich insgesamt 617 arbeitslose Lehrlinge nachweisen. Wie die Verhältnisse in den Orten außerhalb unseres Verbandsbereichs liegen, läßt sich schwer sagen, man wird aber annehmen können, daß von unserer Umfrage der größte Teil der arbeitslosen Lehrlinge erfaßt worden ist.

Von den 617 ermittelten arbeitslosen Lehrlingen entfallen 346 auf den Tischlerberuf, 34 auf den Stellmacherberuf, 10 auf den Schiffszimmererberuf, 9 auf den Modelltischlerberuf, 2 auf den Glaserberuf (Rahmenseher); für die restlichen 216 Lehrlinge fehlt die Berufsangabe.

Bei Eintritt der Arbeitslosigkeit befanden sich von den Lehrlingen 98 im ersten Lehrjahr, 114 im zweiten, 192 im dritten und 183 im vierten Lehrjahr; für 30 Lehrlinge konnte das Lehrjahr nicht einwandfrei festgestellt werden.

Die Möglichkeit, den arbeitslosen Lehrlingen gesonderte berufliche Schulungsgelegenheiten mit dem Ziel der Ablegung der Gesellenprüfung zu schaffen, ist kaum gegeben, da sich die Lehrlinge auf zu viele Berufe und Orte verteilen, wozu noch die Unterschiede in der Lehrdauer kommen. So hatten 46 Orte 1 bis 5 arbeitslose Lehrlinge, 8 Orte 6 bis 10, weitere 8 Orte 11 bis 20, weitere 8 Orte 21 bis 30 und 2 Orte über 30 arbeitslose Lehrlinge.

So erfreulich an und für sich das Ergebnis der Umfrage ist, so muß doch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Lehrmeister, ihre Innungen und Handwerkskammern die moralische Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß den Jugendlichen unter allen Umständen eine anderweitige Auslernmöglichkeit geboten wird. Das ist bei ernstem Willen auch in den meisten Fällen möglich, wie die Beispiele einiger Großstädte beweisen. Aber auch unsere Gesellenausschußmitglieder sollten sich verpflichtet fühlen, ihre Kräfte für die Abstellung dieser Krisenauswirkung einzusetzen.

## Unser Jahrbuch 1931

Das Jahrbuch des Verbandes für das Jahr 1931 ist soeben erschienen. Als getreues Spiegelbild der Geschichte des Verbandes zeigt es, daß das abgelaufene Jahr auch für unsere Organisation schwere Belastungen gebracht hat. Auf allen Gebieten des Verbandslebens sind die Wirkungen der Krise erkennbar. In dem Bericht über die Lohn- und Vertragsbewegung des Jahres 1931 heißt es unter der Überschrift „Ein Jahr der Abwehr“: „Die Arbeiterschaft befindet sich in einer trostlosen Lage und mit ihr leider auch ihre Organisationen. Die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder vermindert sich, die Unterstützung der Arbeitslosen erfordert immer größere Summen. Unter dieser allgemeinen Not leidet auch unser Verband. In kurzsichtiger Verblendung sucht das Unternehmertum diese Notzeit zu Angriffen auf die Lebenshaltung der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter auszunutzen. Dabei werden die tarifvertraglichen Verpflichtungen als Heumais empfunden. Daher der immer stärker anschwellende Ruf nach Auflockerung der Tarifverträge, nach Beseitigung der Unabdingbarkeit. Bei dieser Sachlage war unser Verband das ganze Jahr hindurch zur Abwehr der unanziehlichen Versuche genötigt, die Arbeitsbedingungen unserer Kollegen zu verschlechtern.“

Die weiteren Abschnitte des Jahrbuches zeigen, daß der Verband den ihm aufge-

zwungenen Abwehrkampf mit größter Energie geführt hat. Trotz der durch die große Arbeitslosigkeit erschwerten Lage waren im Jahre 1931 rund 20.000 Personen an Arbeitsstellen beteiligt. Mehr als 2 Millionen Mark wurden für die Lohnbewegungen aufgewendet. Wie aus dem Kassenbericht hervorgeht, führte die Finanzierung dieser umfangreichen Streikbewegung neben den riesigen Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung dazu, daß die Ausgaben des Verbandes die Einnahmen ganz erheblich überschritten.

Die Tätigkeit des Verbandes kommt ferner zum Ausdruck in den Berichten über Agitation und Verwaltung, über die Jugendbewegung, die Bildungsarbeit, die Mitgliederentwicklung, die Tätigkeit der Rechtsschutzabteilung. Im Rahmen des Berichts über die Lohn- und Vertragsbewegung ist das Ergebnis der zweiten amtlichen Lohnerhebung im Holzgewerbe verarbeitet. Den Abschluß des Jahrbuches bilden, wie üblich, die Tätigkeitsberichte der Gauvorstände.

Wenn auch das Jahrbuch des Verbandes keineswegs eine kurzweilige Lektüre darstellt, so ist es doch ebenso weit davon entfernt, nur ein trockener Tatsachenbericht zu sein. Es beschränkt sich nicht auf die Schilderung der eigentlichen Verbandsarbeit, sondern bietet in seinem einleitenden Teil „Das Wirtschaftsjahr 1931“ einen sehr wertvollen Überblick auch über die Entwicklung in der Weltwirtschaft und in der deutschen Wirtschaft. Dieser Teil enthält in zahlreichen Tabellen eine Menge wichtiger und interessanter Zahlen u. a. auf den Gebieten der Preisentwicklung, der Produktion, des Arbeitsmarktes, des Außenhandels.

Alles in allem präsentiert sich das neue Jahrbuch mit seinen 253 Seiten wieder als eine reichhaltige Fundgrube für jedes interessierte Verbandsmitglied, besonders aber für die Funktionäre des Verbandes, denen diese Veröffentlichung bei ihrer Arbeit unentbehrlich sein dürfte. Es ist zu hoffen, daß sich recht viele Kollegen mit dem Inhalt des Jahrbuches vertraut machen. i-z.

## Holzgewerbe im östlichen Westfalen

Für das Holzgewerbe im östlichen Westfalen wurde am 15. August von der Schlichterkammer unter Vorsitz des Schlichters für Westfalen ein beide Parteien von vornherein bindender Schiedsspruch gefällt, der die Löhne ab 18. August neu regelt. Von diesem Tage an beträgt der tarifliche Spitzenlohn in den vier Ortsklassen 75, 71, 67 und 64 Pf. Das Lohnabkommen ist erstmalig zum 30. November 1932 kündbar.

## Sperrholzarbeiter in Wittlich

Nachdem die Firma Holzindustrie Kimmel u. Co., Sperrholzwerk Wittlich, das alte Lohnabkommen gekündigt hatte, wurde über die Neuregelung der Löhne mit folgendem Ergebnis verhandelt: Ab 4. August beträgt der Tariflohn für über 25 Jahre alte Facharbeiter 54 Pf. Für ungelernete Arbeiter in diesem Alter beträgt der Lohn 48 Pf. und für ungelernete Arbeiterinnen 30 Pf. Das Abkommen kann erstmalig zum 1. Dezember 1932 gekündigt werden.

## Stellmacher im Bezirk Magdeburg

Für die Stellmacher im Bezirk Magdeburg wurden die Arbeits- und Lohnverhältnisse erneut tarifvertraglich geregelt. Der Tarifvertrag gilt für Magdeburg, Barleben, Beneckenbeck, Biederitz, Groß- und Klein-Ortelschen und Heyrotsberge. Die Lohnsätze betragen für Gesellen im ersten Gesellenjahr 45 Pf., im zweiten 52 Pf., für

Gesellen im Alter von 20 bis 22 Jahren 65 Pf., für solche über 22 Jahre 74 Pf. und für alle nach Zeichnung arbeitenden Kastenmacher und Stellmacher 85 Pf. Das Lohnabkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden.

## Bürstenmacher in Magdeburg

Zwischen der Bürstenfabrik von Otto Bierhals in Magdeburg und unserer dortigen Ortsverwaltung wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser enthält u. a. Bestimmungen über Arbeitszeit, Werkzeuglieferung und Ferien und kann erstmalig zum 31. Dezember 1934 gekündigt werden. Das Lohnabkommen sieht folgende Spitzenlöhne vor: Männer: für über 24 Jahre alte Facharbeiter 60 Pf., Angelernte 57 Pf., Ungelernte 54 Pf.; Frauen: für Facharbeiterinnen 39 Pf., Angelernte 37 Pf., Ungelernte 35 Pf. Diese Löhne gelten zunächst bis Ende 1932.

## Stockarbeiter in Bad Suderode

Im Vertrags- und Lohnstreit mit der Stockfabrik R. Jahn in Bad Suderode fällt der Schlichtungsausschuß einen bindenden Schiedsspruch. Dieser setzt den alten Mantelvertrag mit einigen Änderungen des Ferienrechtes wieder in Kraft. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt 63,7 Pf. Der Vertrag hat Geltung bis zum 31. März 1933, das Lohnabkommen bis Ende des laufenden Jahres.

## Allgemeinverbindliche Lohnabkommen

Der Reichsarbeitsminister hat das Lohnabkommen für die Sägewerksindustrie im Freistaat Sachsen mit Wirkung vom 15. Juli an für allgemeinverbindlich erklärt. Der Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf alle gewerblichen Arbeiter in der Sägewerksindustrie, einschließlich der Sägewerke von Kistenfabriken; die ein eigenes Sägegatter besitzen. Ausgenommen von der allgemeinen Verbindlichkeit sind Sägewerke von Kistenfabriken, deren Erzeugnisse ausschließlich im eigenen Hauptbetrieb verwendet werden und für die besondere Fachtarifverträge abgeschlossen sind oder werden.

Ferner ist der Lohnvertrag für die Wagen- und Karosseriebranche im Freistaat Sachsen für allgemeinverbindlich erklärt worden, und zwar gleichfalls mit Wirkung vom 15. Juli an. Der Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf alle gewerblichen Arbeiter in den Betrieben der Wagen- und Karosseriebranche unter Ausschluß der Metallindustriebetriebe, die nebeinander besondere Abteilungen für Karosserie- und Wagenbau haben, sowie der lediglich handwerksmäßig arbeitenden Stellmachereien, Polsterer-, Sattler- und Schmiedebetriebe.

## Berliner Tischlerschule

Die schlechte Wirtschaftslage zwingt viele Kollegen zur Untätigkeit. Nicht nur um sich die Zeit nützlich zu vertreiben, sondern auch, um in der beschäftigungslosen Zeit mit seinem Beruf in Fühlung zu bleiben und sich darin weiter auszubilden, ist der Besuch einer guten Fachschule ratsam. Die Berliner Tischlerschule (Berlin O, Stralmanstraße 6) erteilt vervollkommnenden Unterricht in allen Zweigen unseres Berufs. Wer noch nie nach Zeichnung gearbeitet hat, lernt Zeichnen und Zeichnungen lesen. Die Werkmeisterkurse erfahren sich ebenfalls großer Beliebtheit, die Tageskurse laufen nur im Winter, die Abendkurse aber über vier Semester in der Zeit von 5.30 bis 9.30 Uhr. Für Techniker dauert der Besuch bis zur Abschlussprüfung vier und für Innenarchitekten sechs Semester. Unbemittelte erhalten Freistellen. Für Arbeitslose werden besondere Tages- und Abendkurse abgehalten, bei Freihaltung des Materials.

## Eine Schwindelgeschichte

Die „Werk-Zeitung“ der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G. veröffentlicht in ihrer Julinummer die Geschichte eines Tischlers Hans Moll. Der Inhalt der in Briefen erzählten Geschichte ist kurz folgender:

Der Tischler Hans Moll hat bei der „Musikinstrumentenfabrik Durenberg u. Co.“ nach einer Arbeitsstelle gefragt. Da die Firma gerade „noch einige wirklich tüchtige Tischler benötigt“, weil sie „einige Auslandslieferungen in Arbeit hat“, wird er „vorerst probeweise“, aber mit „Aussicht auf eine dauernde Beschäftigung“, eingestellt. Kurz danach wird der „Verband der Holzarbeiter, Gau Mitteldeutschland“ bei der Firma wegen einer Erhöhung der Löhne vorstellig. Davon will die Betriebsleitung selbstverständlich nichts wissen, obwohl sich „unsere Löhne zunächst noch unter denen der ostdeutschen und vor allem auch der ausländischen Konkurrenzfirmen halten“. Im übrigen sei eine Lohnerhöhung auch deshalb nicht angebracht, da die Firma der Belegschaft in jeder Weise entgegenkomme. „Erinnert sei nur daran“, heißt es in dem Brief an die Gauleitung des Holzarbeiter-Verbandes, „daß wir unseren Leuten kostenlos Musikinstrumente zur Verfügung gestellt haben, daß wir aus ihnen ein kleines Orchester gebildet haben, daß sie eine gut eingerichtete Werkbücherei und einen von uns mit erheblichem Aufwand bereitgestellten Sportplatz benutzen können usw.“. Der Schlichtungsausschuß spricht den Arbeitern eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Prozent zu und der Schlichter erklärt den Schiedsspruch trotz des Protestes der Firma für verbindlich. Da die Firma die Lohnerhöhung „nicht tragen konnte“, erhöhte sie die Verkaufspreise — um wieviel, geht aus der Geschichte leider nicht hervor. Jedenfalls um so viel, daß der englische Abnehmer erklärt, den neuen Preis nicht zahlen zu können, auch deshalb nicht, da „uns aus Schweden bedeutend günstigere Angebote vorliegen“. Die Firma will den englischen Kunden aber nicht verlieren, sie fordert deshalb eine „Anpassung der Löhne an die besonderen Verhältnisse des Betriebes“. Als die Arbeiter darauf nicht eingehen, muß die Firma ihren Betrieb schließen, sie macht Konkurs. Die Geschichte endet mit einem Schreiben des Konkursverwalters an den Hans Moll, in welchem dieser ersucht wird, am Freitag seine Papiere im Lohnbüro der Musikinstrumentenfabrik Durenberg u. Co. abzuholen.

Die Redaktion der „Werk-Zeitung“ hat ihrer Geschichte den Untertitel „Wie Arbeiterschicksale gemacht werden“ gegeben. Passender müßte er lauten: „Ein alter Schwindel eines kapitalistischen Schreiberlings in neuer Auflage.“ Der Grundgedanke der Geschichte ist nämlich uralte, neu ist nur ihre Abstimmung auf die Musikinstrumentenindustrie. Diese hat der Söldling der Metallindustriellen wohl deshalb gewählt, weil die Leser seiner „Werk-Zeitung“ von den Verhältnissen der Musikinstrumentenindustrie keine Ahnung haben, infolgedessen einiges von der Geschichte für glaubhaft halten könnten. Das wird freilich nur ein kleiner Teil der Metallarbeiter der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G. sein, die große Mehrheit wird den Schwindel bestimmt merken. An dieser Geschichte ist alles Schwindel. Erfunden ist die mitteldeutsche Musikinstrumentenfabrik, die ihren Leuten kostenlos Musikinstrumente zur Verfügung stellt und was derlei Wohlfaten mehr sind; erfunden ist die schwedische Konkurrenz der deutschen Musikinstrumentenindustrie und alle anderen angeblichen Tatsachen. Der Geschichtsmacher kennt die Arbeiter schlecht, wenn er glaubt, sie mit solchen Märgen für die Geldsackinteressen der Unternehmer einfangen zu können. Diese Zeiten sind dank der Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften vorbei.

Die weiteren Abschnitte des Jahrbuches zeigen, daß der Verband den ihm aufge-



# Holzindustrie



## Vierseitige Hobelmaschinen

Die Zeit ist nicht allzufern, wo man kurz von der schwedischen Hobelmaschine sprach, wenn man jene riesigen Hobelmaschinen meinte, die vor allem Stab- und Fußbodenbretter an den vier Langseiten in einem Durchgang hobeln und kehlen, nuten und spunden. Inzwischen sind nordamerikanische und auch mehrere deutsche Originalmaschinen von ungewöhnlich hoher Leistungsfähigkeit bekanntgeworden, und es ist noch kaum einmal vom Schwedentyp einer Hobelmaschine die Rede.

Welche Wandlungen müßte nun insbesondere die deutsche Maschine durchmachen, um die heutige Stellung unter den führenden Maschinen der Welt einzunehmen?

Die Leistungsfähigkeit der Hobelmaschine findet ihren Ausdruck besonders in der Höhe der möglichen und mit Rücksicht auf die Arbeitsgüte zulässigen Vorschubgeschwindigkeit. Diese müßte also vor allem gesteigert werden. Noch vor etwa acht bis zehn Jahren hielten die deutschen Maschinen selbst der größten Ausführungen bei Vorschubgeschwindigkeiten von 50 bis 60 Meter je Minute, während schwedische Maschinen die damalige obere Grenze von 80 bis 90 Meter je Minute erreichten. Die heutigen Höchstvorschubgeschwindigkeiten europäischer Hobelmaschinen liegen bei 120 bis 130 Meter je Minute, und in Nordamerika laufen Maschinen, die bis zu 600 Fuß, also rund 180 Meter je Minute bearbeiten.

Hohe Vorschubgeschwindigkeiten haben verhältnismäßig hohe Drehzahlen der Messerwellen zur Voraussetzung. Denn sowohl die Schnittgeschwindigkeiten als auch die Anzahl der Messerschläge je Einheit der Vorschublänge müssen stets im richtigen Verhältnis zur Vorschubgeschwindigkeit stehen. Die Dicke der Späne, die von der einzelnen Schneide abzuleben sind, darf nicht zu groß werden. Das Holz reißt sonst ein, und die vergrößerten Abstände der Messerschläge lassen die Hobelfläche nicht glatt genug erscheinen. Wenn auch die Messerwellen, denen feststehende Putzmesser folgen, von den Forderungen der möglichst hohen Arbeitsgüte nicht berührt werden, gibt es doch Fälle genug, in denen feststehende Messer nicht verwendet werden können.

Zur Unterteilung der Späne beschreitet man verschiedene Wege. Neben der weitgehenden Erhöhung der Messerzahl je Hobelwelle und der Steigerung ihrer Drehzahl hat man auch mehrere Messerwellen zur Bearbeitung der gleichen Werkstückseite hintereinander angewendet. Für größere Span- und Schnitttiefen, wie beim Kehlen und Spunden, ist das letzte Verfahren besonders erfolgreich.

Die Hobelmaschinen mit zwei oberen Messerwellen, die also mit der unteren, den beiden senkrechten und der Stabmesserwelle sechs Messerwellen besitzen, sind von jeher üblich gewesen. Kam dann noch die an Stelle des Putzmesserkastens einschleibbare Putzmesserwelle hinzu, erreichte man insgesamt sieben angetriebene Messerwellen in einer Maschine.

War die Hintereinanderschaltung zweier oberer Messerwellen vorwiegend wegen der Unterteilung sehr dicker Späne gewählt worden, so zwangen die heutigen hohen Vorschübe von sich aus zur Verdoppelung der Senkrechtmesserwellen. Diese sind jetzt nicht mehr vor, sondern hinter der Obermesserwelle angeordnet, um aus den bereits schmaler gewordenen Werkstückkanten Vorteil zu ziehen.

Weit größere Schwierigkeiten als die Führung der Messerwellen bereiteten die Leertzahl- und die Messerzahlverhältnisse. Ohne die großen Fortschritte der Wälzlagerung, wozu alle Kugellager-Paare zusammen verstanden werden, wäre die einwandfreie Lagerung der Messerwellen von 6000 und mehr Umdrehungen je Minute wohl kaum möglich gewesen. Auch der günstige Ein-

fluß des elektrischen Einbaumotorantriebes der einzelnen Arbeitswellen darf hier nicht vergessen werden.

Die alte Vierkantform der Messerwellenquerschnitte und die dicken Hobelmesser sind verdrängt worden durch Rundmesserwellen mit dünnen Hobelmessern aus legiertem Sonderstahl ohne Schlitz. Die Art der Messerbefestigung auf Vierkantmesserwellen genügt nur bis zu einer Schnittgeschwindigkeit, d. h. Umfangsgeschwindigkeit der Messerschneiden, von 30 Meter je Sekunde, die heute z. T. beträchtlich überschritten wird.

Auch die Vierkantmesserköpfe auf den Senkrechtmesserwellen sind selten geworden. Für einigermaßen häufiger vorkommende Arbeiten beschafft man sich hinterdrehte Fräser mit 6 bis 12 Schneiden, die das mühevoll Einstellen der Kehlmesser beseitigen und bei richtigem Schärfen auf Sonderschleifmaschinen alle Schneiden genau zum Angriff bringen.

Für die waagerechten Messerwellen hat man sich daher auch zu verschiedenen mechanischen Hilfsmitteln entschließen müssen. Außer dem Schleifen der Messer auf der Messerwelle selbst, das in einer dazu geeigneten Werkzeugschleifmaschine oder auch in der Hobelmaschine mit eingebauten Schleifapparaten erfolgt, läßt man die Messerschneiden noch bei voller Drehzahl der Messerwelle gegen einen genau geführten Abziehlstein leicht ablaufen, um auch das geringste Überstehen einzelner Messer auszuschließen.

Neben diese wichtigen Verbesserungen tritt noch eine große Reihe anderer Vorträge neuzeitlicher Hobelmaschinen, von denen hier einige genannt werden sollen.

Der Tischteil vor der unteren Messerwelle ist ähnlich dem Vordertisch der Abrichtmaschinen in der Höhe verstellbar. Alle Messerwellen sind während des Laufes hoch und tief zu stellen. Auch die Obermesserwelle ist in Achsenrichtung verschiebbar, um bei Kehlungen Einstellfehler während des Laufes berichtigen zu können. Die Senkrechtmesserwellen lassen sich auch schräg einstellen.

Der Tisch hat Stahlplattenbelag, der im Verein mit den in Kugellagern geführten Rollen der Druckeinrichtungen einen so leichten Durchlauf der Ware ermöglicht, daß trotz der hohen Geschwindigkeit nur vier statt acht Vorschubwalzen angeordnet zu werden brauchen. Die Länge der Maschine wird dadurch vorteilhaft verringert.

Bei Hobel- und Kehlmaschinen ist es notwendig, die Werkstücke dicht hintereinander folgen zu lassen, um zu vermeiden, daß ein von den Walzen verlassenes Werkstück unter den Messerwellen stehenbleibt und sichtbare Vertiefungen erhält. Demnach darf die Vorschubgeschwindigkeit niemals höher gewählt werden, als für die anstoßende Belegung der Maschine jeweils zulässig ist.

Die sogenannte Nebenzeit für das Einlegen fällt bei langen und schweren Werkstücken größer aus als bei kurzen Hölzern von kleinem Querschnitt. Durch die Zweimannebelegung kann wiederum bei größeren Vorschubgeschwindigkeiten anstoßend aufgegeben werden als bei Einmannbedienung. Aber auch diese Zeiten sind noch zu groß, um eine Maschine mit den höchsten Vorschubgeschwindigkeiten laufen lassen zu können. Es machen sich selbsttätig wirkende Beschickungseinrichtungen vor der Maschine notwendig. Auch bei langen Werkstücken von geringem Querschnitt und Einheitsgewicht, die der Wahl einer hohen Vorschubstufe günstig sind, lassen sich mit Einmannbelegung nur bis zu 60 Meter je Minute und mit Zweimannebelegung bis zu 80 Meter je Minute Vorschub zuverlässig bewältigen.

Selbstverständlich können auch nicht alle Holzarten diese höchsten Vorschubgeschwindigkeiten vertragen. Grobblättriges und astreiches Holz verlangt eine vorsichtige Bearbeitung. Im günstigsten Fall kann

man sogar die untere Messerwelle herausnehmen und die Laufseite nur von den feststehenden Putzmessern bearbeiten lassen. Dabei wird viel Holz, Kraft und Material gespart.

Die Höchstleistungen neuzeitlicher Hobelmaschinen lassen sich demnach dort erwarten, wo die mechanische Zuführung der Werkstücke auch bei höchsten Vorschubgeschwindigkeiten für anstoßende Belegung sorgt und feststehende Putzmesser oder eine entsprechend sauber arbeitende Putzmesserwelle mit sehr hoher Drehzahl die Oberflächengüte sicherstellen. Für eine Hobelmaschine mit 120 Meter je Minute Vorschubgeschwindigkeit ergeben sich dann bei guter Betriebsorganisation, also geringst möglichen Zeitverlusten und achtstündiger Betriebszeit, 52 bis 53 Laufendkilometer je Arbeitstag.

Heinrich Pause, Rosenheim.

## Detmolder Möbelmesse

Die Detmolder Möbelmesse, die in diesem Jahr vom 6. bis 8. August stattfand, ist eine Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes für das lippische Holzgewerbe. Über ihre Berechtigung ist in der Fachwelt in den letzten Wochen lebhaft gestritten worden. Während die lippischen Möbelfabrikanten sie für eine unbedingt notwendige Einrichtung halten, glauben die organisierten Händler darauf sehr gut verzichten zu können. Der „Deutsche Möbelfachverband“, wie sich die Reichsorganisation der Möbelfachhändler nennt, hatte die diesjährige Detmolder Möbelmesse in aller Form boykottiert. Einige Mitglieder des Händlerverbandes sollen aber trotzdem dort gewesen sein und gekauft haben. Andere sollen das Besuchsverbot dadurch umgangen haben, daß sie sofort nach Messeschluß in Detmold gewesen sind. Aus diesen Tatsachen schließen die Möbelfabrikanten, daß die Detmolder Möbelmesse auch für zahlreiche Mitglieder des Händlerverbandes von „großer, zwingender Bedeutung“ ist. „Wenn man ehrlicherweise alle Möbelfachhändler, von denen nur ein Teil im Möbelfachverband organisiert ist, fragen würde, welche Messe sie für bedeutend halten und entsprechend bevorzugen wollen, so würde Detmold links der Linie Halle-Magdeburg-Wismar wohl ausschließlich die Zustimmung finden.“ Das ist ein Hieb auf die Kölner Möbelmesse, die vor den Augen des Möbelfachverbandes bisher noch Gnade findet. Es scheint uns an der Zeit zu sein, den Kampf um die verschiedenen Möbelmessen endlich einzustellen, denn in dieser Zeit gibt es doch wahrlich Besseres zu tun.

Wie in früheren Jahren, so war auch diesmal die Detmolder Möbelmesse stark beschickt und besucht. Das Geschäft war „wider Erwarten“ zufrieden, ja in einigen Branchen, manchmal auch nur in einigen Möbelarten, wider Erwarten gut. Es würde uns freuen, wenn der Unternahmerverband recht hätte, wenn er über den Erfolg folgendes schreibt: „Auf der Detmolder Möbelmesse wurde der Grundstein zum Wiederaufbau des deutschen Möbeldgewerbes gelegt.“ Im Augenblick ist die Beschäftigungslage der Möbelindustrie noch tröstlos. Hier und da zeigen sich aber kleine Belebungensansätze; ob sie von Dauer sein werden, steht freilich noch dahin.

Für Köche ist die Detmolder Messe unbestritten der große Markt in Deutschland, was sich daraus erklärt, daß die Küchennöbelindustrie im lippischen Lande ihren Hauptsitz hat. Gekauft wurden vornehmlich Küchen in mittlerer Preislage. Von den Schlafzimmernmöbeln dagegen fanden die teureren die meisten Käufer. Sehr gut war auch der Absatz von Einzel-, Dielen-, Sitz- und Korbmöbeln. Am allerbesten schnitten die Holzlampenfabrikanten ab, denn Holzlampen fanden einen reißenden Absatz, da deren Preise schon so ansparend sind, daß die Möbelfachhändler direkt zum Kauf angereizt wurden“, wie es in dem Messebericht heißt.

## Russische Pinsel

Für die Versorgung des Weltmarktes mit rohen Borsten hat Rußland von jeher eine große Rolle gespielt. In neuerer Zeit hat aber die Zufuhr roher Borsten stark nachgelassen, dafür erscheint Rußland mit fertig zugerichteten und sortierten Borsten auf dem Markt, und nicht nur das, Rußland beginnt auch mit der Ausfuhr fertiger Pinsel und Bürsten.

Auf die deutsche Pinselindustrie hat das Erscheinen dieser Konkurrenz alarmierend gewirkt. Die „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammfabrikation“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz über die Milzbrandgefahr, und sie fordert ein Einfuhrverbot un desinfizierter Fertigwaren. Die Zulassung dürfte nur gestattet sein, wenn sie in einer Grenzstation auf deutschem Boden in geeigneter Weise von deutschen Fachleuten desinfiziert würden.

Soweit Maßnahmen getroffen werden sollen, um der Ansteckungsgefahr durch Milzbrand entgegenzuwirken, stimmen wir solchem Verlangen gern zu, zumal die geltende Milzbrandverordnung noch recht verbesserungsfähig ist. Aber darum handelt es sich hier nicht; der erwähnte Aufsatz klagt, daß jetzt schon die Anforderungen von der Regierung überspannt würden, und führt dann weiter aus, daß durch zu weitgehende Desinfektion die Ware geschädigt und die Kosten unangemessen gesteigert werden. Der Zweck des geforderten generellen Desinfektionszwanges für fertige Einfuhrware ist also deren Verteuerung und Schädigung.

Einer angeblichen Schutzmaßnahme gegen Krankheitsgefahr, die in Wirklichkeit nur dazu dienen soll, eine unangenehme Konkurrenz fernzuhalten, können wir nicht zustimmen, so sehr wir auch eine Verbesserung des Schutzes der Verarbeiter wie der Verbraucher vor Milzbrandgefahr begrüßen würden. Es widerspricht unserer Auffassung von Anstand und Ehrlichkeit, einen gar nicht ernst gemeinten Gesundheitsschutz als Vorwand vorzuschützen, um Maßnahmen zu treffen, die nur rein wirtschaftlichen Zwecken dienen.

Als besondere Maßnahme gegen die Einfuhr russischer Pinsel fordert der Verfasser Antidumpingzölle. Auch dieser Forderung können wir nicht unbesehen zustimmen.

Unter Dumping versteht man die unlautere Konkurrenz im Auslandsgeschäft. Sie läßt sich auf verschiedene Weise erreichen. In erster Linie durch billige Arbeitskräfte, wozu auch die Herstellung der Ware durch Gefängnisarbeit gehört. Aber auch die staatliche Unterstützung eines Industriezweiges, sei es direkt oder durch billige Transporttarife oder durch Gewährung von Ausfuhrprämien, ermöglicht es, die Waren im Einfuhrland zu einem niedrigeren Preise anzubieten als die in diesem Lande hergestellte Erzeugung. Wenn das Einfuhrland zum Schutze der eigenen Industrie Vorkehrungen trifft, um Dumpingware fernzuhalten, dann ist das nach unserer Auffassung berechtigt. Im vorliegenden Falle wird das russische Dumping zwar behauptet, aber noch nicht bewiesen. Im übrigen sind Schutzzölle, wie die Erfahrung lehrt, eine zweischneidige Waffe. Sie rufen handelspolitische Maßnahmen der anderen Länder hervor und schädigen schließlich die Wirtschaft aller Nationen. Gerade das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft haben bereits durch eine unglückliche Schutzzölpolitik so schwer gelitten, daß wir nicht wünschen können, den Markt für deutsche Waren weiter verengt zu sehen.

Das gilt für den Schutzzoll im allgemeinen. Für die deutsche Pinsel- und Bürstenindustrie wünschen wir selbstverständlich, daß sie nicht durch eine unlautere Konkurrenz noch tiefer herabgedrückt werde, als das ohnehin schon der Fall ist. Ob aber hohe Einfuhrzölle das richtige Mittel sind, das ist eine Frage, die sehr gründlicher Prüfung bedarf.



# Unterhaltung und Wissen



## Upton Sinclair Samuel Suchende

34. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin

### Achtundzwanzigstes Kapitel.

Samuel hastete atemlos heim, um Sophie alles zu erzählen. Bald darauf erschienen auch die Bremers, die von der Ferne zugeschaut hatten. Und der Bursche mußte seine Erzählung wiederholen.

Dann aber verkündete Johann eine unangenehme Neuigkeit. „Sie müssen für die Versammlung eine Erlaubnis einholen.“

„Eine Erlaubnis? Von wem?“

„Von der Polizei. Ohne Erlaubnis darf keine öffentliche Versammlung abgehalten werden.“

„Wo bekommt man die Erlaubnis?“

„Ich glaube, auf der Polizeistation.“

Ein Besuch auf der ihm allzu gut bekannten Polizeistation erschien Samuel keineswegs verlockend, doch wäre er um der Sache willen auch in eine Löwenhöhle gegangen. Am folgenden Morgen machte er sich frühzeitig auf den Weg. Unterstützt von Frau Stedman hatte er Sophie veranlaßt, zu den Wygants zu gehen, und sie legten eine Strecke Weges zusammen zurück.

Vor dem Schreibtisch saß ein fremder Sergeant, ein Irländer.

„Bitte, Herr“, sprach Samuel, „kann ich hier eine Erlaubnis bekommen?“

„Wofür?“

„Für eine Versammlung auf der Straße.“

„Was für eine Versammlung?“

„Ich... ich habe bloß dem Volk etwas zu sagen.“

„Sie haben dem Volk etwas zu sagen?“ wiederholte der Sergeant, fragte darin unvermittelt: „Wie heißen Sie?“

„Samuel Prescott.“

Der Sergeant riß die Augen auf: „Also Sie sind der Kerl?“

„Wie meinen Sie?“

„Der Chef will Sie sprechen.“

Samuel wurde in ein Privatzimmer geführt, wo er McCullagh vorfand, der rotgesichtig und schwerfällig vor seinem Schreibtisch saß. Als er Samuel erblickte, schnellte er auf: „Da sind Sie ja!“

Zum Sergeanten sprach er: „Lassen Sie uns allein.“ Als dieser hinter sich die Tür geschlossen hatte, trat er auf Samuel zu, hielt ihm einen Finger vors Gesicht, rief: „Junger Mann, Sie versprochen doch, die Stadt zu verlassen.“

„Nein!“

„Wie?“ brüllte der Polizeichef.

„Nein, Herr. Charlie Swift gab das Versprechen.“

„Und was versprochen Sie?“

„Ich versprach, niemand über... über Herrn Albert etwas zu erzählen, und habe mein Versprechen gehalten.“

„Ich befahl Charlie Swift, Sie aus der Stadt zu schaffen. Weshalb gingen Sie nicht?“

„Er wollte...“ Samuel stockte, hatte er doch versprochen, nichts über Charlie zu sagen.

„Weiter!“

„Ich... ich kann nichts sagen.“

„Wie?“ zürnte der Polizeichef. „Sie wollen etwas vor mir verheimlichen? Glauben Sie denn, ich weiß nicht, daß Swift noch in der Stadt ist, daß Sie zusammen mit ihm gearbettelt haben?“

„Nein, nein!“ schrie Samuel entsetzt.

„Lügen Sie nicht! Ich kenne Sie genau. Sie junger Schurke!“

Er starrte den Burschen einige Augenblicke lang wild an. „Und Sie haben noch die Frechheit, herzukommen! Was wollen Sie denn eigentlich?“

„Ich... ich möchte eine Versammlung abhalten.“

„Wer gab Ihnen die Erlaubnis, in der Stadt Unruhe zu stiften?“

„Niemand. Deshalb kam ich ja her.“

„Wagen Sie nicht, mit mir zu scherzen!“

Aber Samuel dachte an keinen Scherz, er zitterte am ganzen Leib. Der Mann stand über ihm wie ein Gorilla, und das rote Gesicht drückte wilde Grausamkeit aus. „Hören Sie, junger Mann, wir wollen die Sache ein für allemal klären. Sie werden keine Erlaubnis bekommen, in Lockmanville Reden zu halten. Verstanden?“

„Ja, Herr.“

„Und Sie werden auch keine Rede halten! Verstanden?“

„Aber... aber...“ keuchte Samuel.

McCullagh schüttelte den Finger, so daß er fast Samuels Nase traf. „Sie werden keine Rede halten! Weder auf der Straße noch sonstwo in dieser Stadt. Merken Sie sich das, damit Sie sich Unannehmlichkeiten ersparen. Und falls ich erfahre, daß



Sie wieder auf der Straße Flugblätter verteilen — dann wird die Stunde kommen, da Sie es bereuen. Das ist alles, junger Mann. Verstanden?“

„Ich verstehe.“

„Gut. Und wenn Sie meinen Rat befolgen, so verlassen Sie Lockmanville mit dem nächsten Zug und zeigen Ihre Fratze nie wieder hier. Jetzt gehen Sie.“

Samuel ging, strebte in stummer Bestürzung die Straße entlang. Sie haben ihm also die Polizei auf den Hals gehetzt!

Selbstverständlich wird er dennoch seine Rede halten. Darf sich nicht einschüchtern lassen. Aber er erkannte auch, wie kompliziert nun alles geworden war; wenn ihn die Polizei verhaftet, ehe er das Nötige gesagt hat, so ist sein ganzer Plan vereitelt!

Er muß sich mit jemand beraten. Samuel hastete nach der Teppichfabrik und betrat den kleinen Raum, in dem die beiden Bremers mit ihren Reißbrettern und Farben saßen.

„So“, meinte Johann, „man will Ihnen den Mund stopfen!“

„Glauben Sie, daß es den Leuten gelingen wird?“

„Freilich. Auch die Sozialisten dürfen seit Jahren auf der Straße keine Reden halten. Wir hätten schon früher gegen diese Leute kämpfen müssen.“ Er zog seinen Überrock an. „Kommen Sie, wir wollen zu Tom Everly gehen.“

„Wer ist Tom Everly?“ fragte Samuel.

„Er ist Rechtsanwalt, kann Ihnen einen Rat geben. Außerdem ist er unser Bezirkssekretär.“

„Ein Sozialist?“ rief Samuel bestürzt. Schon wieder die Sozialisten!

Everly saß in einer entlegenen Straße in seinem kleinen Büro. Er war ein junger, knabenhaft und offen aussehender Mann, der Samuel sofort gefiel. „Genosse Everly“, sprach der Teppichzeichner, „Sie müssen diesem Burschen helfen. Erzählen Sie ihm alles, Samuel; Sie dürfen ihm vertrauen.“



Samuel erzählte wieder einmal seine Geschichte. Everly lauschte mit atemlosem Interesse, stieß bisweilen einen Ruf der Ungläubigkeit oder der Freude aus. Als Samuel geendet hatte, schnellte Everly erregt auf, drückte dem Burschen die Hand. „Samuel Prescott“, rief er, „Sie sind ein famoser Kerl!“

„Wollen Sie mir wirklich beistehen?“ fragte Samuel schier atemlos vor Erregung.

„Ihnen beistehen? Ich werde Ihnen beistehen, bis die Höllenflammen gefroren sind!“

Dann setzte er sich wieder, klopfte nervös mit einem Bleistift gegen den Schreibtisch. „Ich werde eine Sitzung einberufen, unsere Leute müssen Ihnen helfen. In der letzten Zeit ist die Bewegung in Lockmanville etwas eingeschlafen, und ein derartiger Kampf wird den Genossen gut tun.“

„Ich bin aber kein Sozialist“, warf Samuel ein.

„Das schadet nicht, ist uns einerlei.“

Samuel hatte es anders gemeint, doch wußte er nicht recht, wie er seinen Standpunkt erklären sollte.

„Ich kann die Sitzung für morgen abend einberufen“, fuhr der junge Rechtsanwalt fort. „Wir müssen Flugblätter drucken, die Stadt damit überschwemmen.“

„Ich wollte ja nur, daß die Kirchengemeinde kommt“, sagte Samuel.

„Es werden auf jeden Fall auch andere kommen“, entgegnete Everly. „Hat denn das Volk nicht das Recht, zu erfahren, daß es beraubt wurde?“

„Selbstverständlich.“

„Vielleicht“, meinte der Rechtsanwalt lächelnd, „wird die Gemeinde sich leichter zu einem Vorgehen entschließen, wenn auch ein Druck von außen dazukommt. Wir müssen offene Diskussion haben, der ganzen Stadt die Augen öffnen. Sonst wird die Polizei die Angelegenheit im Keim ersticken und niemand wird davon erfahren.“

„Ihr müßt beim Verteilen der Flugblätter vorsichtig sein“, warnte Bremer. „Man wird versuchen, euch dabei zu erwischen.“

„Das ist in Ordnung“, lachte Everly. „Das könnt ihr ruhig den Genossen anvertrauen. Wir haben einen verlässlichen Setzer.“

Samuel seufzte erleichtert auf. Hier ist ein Mann, der Verständnis und Überzeugung besitzt — ein Mann, der tatsächlich bereit ist, etwas zu tun. Wie schade und wie seltsam, daß gerade dieser Mensch Sozialist ist!

Everly nahm den Bleistift und schrieb folgendes Flugblatt:

„An die Bevölkerung von Lockmanville.“

Da ich die Entdeckung gemacht hatte, daß der Kirchenvorstand der Sankt-Matthäus-Kirche den Stadtrat bestochen hat, verlangte ich eine Untersuchung und wurde daraufhin aus der Kirche ausgestoßen.

Ich berief eine Versammlung ein, um die Kirchengemeinde über diese Tatsachen aufzuklären, doch wurde mir die Erlaubnis hierzu verweigert. Der Polizeichef McCullagh erklärte mir, ich werde in dieser Stadt keine Rede halten dürfen.

Wollt ihr mir beistehen?

Ich werde am Mittwochabend um acht Uhr auf dem Baugrund gegenüber der Kirche sprechen.

Im Namen der Redefreiheit und der Bürgerrechte. Samuel Prescott.

„Wie gefällt Ihnen das?“ fragte Everly.

„Prächtig!“ rief Samuel begeistert.

„Ich übernehme den Druck“, erklärte der Rechtsanwalt. „Werde unsere Mitglieder noch heute abend durch die Post benachrichtigen. Wir wollen noch einige derselben aufsuchen, uns mit ihnen beraten.“

Johann eilte an seine Arbeit zurück. Samuel und Everly besaßen sich nach einem kleinen Zigarrengeschäft in der gleichen Straße, dessen Besitzer ein schmächtig gebauter russischer Jude mit heiterem Gesicht und glänzenden schwarzen Augen war. „Genosse Lippmann“, sprach Everly, „das ist Herr Prescott.“

(Fortsetzung folgt.)

## Wer hat das Telephon erfunden

Der Streit darüber, wer das Telephon erfunden hat, ist merkwürdigerweise immer noch nicht beigelegt. Die Amerikaner behaupten, der Erfinder sei der Bostoner Professor Bell, während in Deutschland mit Recht darauf hingewiesen wird, daß die Grundzüge der Erfindung bereits viel früher von einem Deutschen namens Reis nicht nur festgelegt, sondern sogar veröffentlicht wurden. In der Tat brachte die „Gartenlaube“ in ihrer Nr. 51 des Jahrgangs 1863 einen Artikel unter der Überschrift „Der Musiktelegraph“, in dem darüber gesprochen wird, daß man mit Hilfe des elektrischen Stromes einzelne Töne und Zusammenfassungen von Tönen, also auch Musik und Reden, übertragen kann, und in dem es weiter heißt: „Die Möglichkeit der Lösung dieser Aufgabe hat ein Herr Reis zuerst durch Experimente nachgewiesen. Es ist ihm gelungen, einen Apparat zu konstruieren, welchem er den Namen Telephon gibt, und mittels dessen man imstande ist, Töne mit Hilfe der Elektrizität in jeder beliebigen Entfernung zu reproduzieren. Nachdem er schon im Oktober 1861 mit einem ganz einfachen, kunstlosen Apparat in Frankfurt am Main vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen mit ziemlichem Erfolg gekrönten Versuch angestellt, legte er am 4. Juli des gleichen Jahres ebendasselbst in der Sitzung des physikalischen Vereins seinen seitdem wesentlich verbesserten Apparat vor, der bei verschlossenen Fenstern und Türen mäßig laut gesungene Melodien in einer Entfernung von annähernd 300 Fuß deutlich hörbar übertrug.“ Dann folgt in diesem Aufsatz die genaue Beschreibung des Apparates und schließlich die Mitteilung, daß dieses Urtelephon beim Mechaniker Wilhelm Albert in Frankfurt am Main für billiges Geld zu haben sei.

Somit steht einwandfrei fest, daß kein anderer als der Deutsche Philipp Reis der Erfinder des Telephons war. Uns aber kann im Grunde genommen gleich sein, wer der eigentliche Erfinder ist, denn schließlich ist das Verdienst Bells, selbst wenn er nur eine fremde Idee so weit verbessert hat, daß sie für die weitesten Bevölkerungskreise verwirklicht werden konnte, auch keineswegs als gering einzuschätzen. G. J.

## Allerlei Humor

**Ein passender Vergleich.** Am Tage der letzten Reichstagswahl lag auf einer Straße in München ein Portemonnaie. Der glückliche Finder fand darin einen Zettel, auf dem folgendes stand: „So wie du jetzt, ehrlicher Finder, beim Öffnen dieses Portemonnaies enttäuscht worden bist, wird einmal jeder enttäuscht werden, der seine Stimme dem Propheten des Dritten Reiches gibt!“

**Wie er es sieht.** Richter: „Warum wurden Sie verhaftet?“ — Angeklagter: „Weil ich das Auto zu langsam gefahren habe.“ — Richter: „Sie meinen wohl zu schnell?“ — Angeklagter: „Nein, ich meine zu langsam. Der Besitzer ist in einen anderen Wagen gesprungen und hat mich überholt.“

**Wie die Frage, so die Antwort.** Müller ist für seine dummen und überflüssigen Fragen bekannt. Eines Tages kommt er am Hause seines Freundes Vettermann vorbei und sieht dort einen vollbepackten Möbelwagen stehen. Vettermann steht daneben und gibt Anweisungen. „Aber nein, alter Freund, du ziehst doch nicht etwa aus?“ ruft Müller. — „I bewahre. Ich will bloß meine Möbel ein wenig spazierenfahren“, lautet die Antwort.

**Prost!** In Neustadt a. d. Hardt fand die diesjährige Weintaufe statt. Eine große Zahl der vorgeschlagenen Namen für den „Neuen“ will die aktuellen Ereignisse des Jahres symbolisieren: „Krisensait“, „Krisling“, „Krakeeler“, „Weltuntergang“, „Volksversöhner“, „Stabilisator“, „Friedensretter“.

### Überlegungen zur persönlichen Vorsorge

Im Streben nach wirtschaftlicher Befreiung des Volkes sind die Eigenunternehmungen der Werk-tätigen wichtige Faktoren. Sie haben einflussreiche Stellungen in der Gesamtwirtschaft erreicht, was nicht zuletzt die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung dieser Bestrebungen zurückzuführen ist. Die Eigenunternehmungen befriedigen heute in ihrer Gesamtheit schon viele, auch die persönlichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft. So ist zum Beispiel der „Volksfürsorge“ die Aufgabe zugewiesen worden, das auch in werktätigen Kreisen vorhandene Bedürfnis nach privaten Versicherungen, besonders nach Lebensversicherungen, zu befriedigen. Das ist ihr in hohem Maße gelungen. Es fehlt selbstverständlich auch der „Volksfürsorge“ nicht an Anfeindungen aus den Kreisen, die der Arbeiterschaft und ihrem Streben nicht gut-gesonnen sind. Sie setzen über die „Volksfürsorge“ Gerüchte in Umlauf, die das Vertrauen zu ihr erschüttern sollen. So wird zum Beispiel hier und da erzählt, die „Volksfürsorge“ mache bald „Pleite“. Selbstverständlich ist das Gegenteil davon richtig, wie überhaupt alle abträglichen Behauptungen Unwahrheiten sind.

Die „Volksfürsorge“ fördert ihren ureigensten Aufgaben gemäß durch ihre Kapitalvergebung besonders die Bau-tätigkeit mit ihrer wirtschaftsbelebenden Wirkung. Das ist heute sehr wichtig, und wir müssen alle bestrebt sein, hierin nicht nachzulassen. Die Höhe der laufend anzulegenden Kapitalien, die als erststellige Hypotheken größte Sicherheit für das Eigentum der Versicherten verbürgen, wird bestimmt durch die Beitragszahlungen der Versicherten und die Einnahmen aus Zinsen und Kapitalerträgen. Diese sind auch heute noch sehr hoch, weil der weitaus größte Teil der Versicherten, der erkannt hat, daß Versicherungsschutz notwendiger denn je ist, trotz der finanziellen Nöte sich um die Aufrechterhaltung der Versicherung bemüht.

Bei dieser Gelegenheit scheint es notwendig zu sein, einiges über Rückkäufe von Lebensversicherungen, die mitunter von den Versicherten in Erwägung gezogen werden, zu sagen, zumal darüber nach unserer Beobachtung sehr große Unklarheit auch bei unseren Kollegen besteht.

Die Versicherten sind vielfach der Ansicht, daß sie die an die Gesellschaft gezahlten Prämien beim Rückkauf, also bei

der Kündigung voll zurückerhalten müssen, da die „Volksfürsorge“ für sie ja nichts geleistet habe. Das ist aber durchweg irrig und kann zu unangenehmen Enttäuschungen führen. Die Lebensversicherung in ihrer Eigenart kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, zum Beispiel mit der Feuer-, Kranken-, Unfallversicherung. Es wird aber niemand auf den Gedanken kommen, bei diesen Einrichtungen seine eingezahlten Beiträge zurückzuverlangen, weil es zum Beispiel „bei ihm nicht gebrannt hat“, er „nicht krank war“ oder „keinen Unfall erlitten“. Jeder weiß, daß die Beiträge verbraucht wurden, um beispielsweise die insgesamt bei den anderen entstandenen Feuerschäden zu decken. Bei der Lebensversicherung ist natürlich auch ein Risiko vorhanden, das die Gesamtheit der Versicherten mit einem Teil ihrer Prämien decken muß, und zwar sind es die vor dem normalen Ablauf der Versicherung eintretenden Auszahlungen für Sterbefälle. In diesen Fällen ist die „Volksfürsorge“ gemäß den Versicherungsbedingungen verpflichtet, die vertragmäßige Versicherungssumme voll auszuzahlen (bei Unfalltod oft doppelt), ganz gleich, wieviel Prämien dazu entrichtet worden sind. Das ist ja auch der besondere Vorteil, den die Lebensversicherung gegenüber einer Sparkasse hat.

Der restliche, weit größere Teil der Beiträge wird angesammelt und bildet mit der Verzinsung die sogenannte Prämienreserve, die die Auszahlung der vollen Versicherungssummen nach Ablauf der Versicherungsdauer garantiert. Und dieser Teil kann folglich bei einem Rückkauf nur erstattet werden, nachdem noch die entstandenen Unkosten in Abzug gebracht sind. Es darf sich aber niemand verleiten lassen, seine Versicherung aufzukündigen, weil die dabei entstehenden Schäden so leicht nicht zu ersetzen sind.

Die „Volksfürsorge“ hat Vorsorge getroffen, daß bei wirklicher Zahlungsbehinderung der Versicherungsschutz — natürlich in beschränktem Umfange — erhalten bleibt. Darüber erteilen die Rechnungsstellen und Vertrauensleute Auskunft. Der Rückkauf ist voller Verlust des Versicherungsschutzes und trifft jeden Versicherungsnehmer hart. Dazu kommt zwangsläufig noch die finanzielle Einbuße. Die „Volksfürsorge“ kann deshalb vom Rückkauf nur abraten. Mancher Rückkauf wurde schon bereut, weil kurz danach ein Todesfall eintrat.

Die Versicherten der „Volksfürsorge“ und die werktätige Bevölkerung können davon überzeugt sein, daß die „Volksfürsorge“ sich bei dieser Empfehlung von der Auffassung leiten läßt, dem Volke bestens zu dienen. Denn für sie gilt der Grundsatz: „Vertrauen gegen Vertrauen.“

Die „Volksfürsorge“ arbeitet rastlos, um alle Werk-tätigen zu erfassen und das vorhandene Versicherungsbedürfnis zu decken. Die Nöte der Gegenwart sind vielseitig und schwer, aber man darf darüber nicht die mögliche und erreichbare Sicherung der Zukunft vergessen. Darum sollte sich im Vertrauen zur „Volksfürsorge“ niemand beirren lassen, ganz gleich, von welcher Seite es zu zerstören versucht wird.

### Hinein in die Konsumvereine!

Die Vorstände des ADGB, AfA-Bundes und Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wenden sich mit folgendem Aufruf an alle Gewerkschaftsmitglieder:

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur

gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitern, Kindern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzschmälerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein. Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen, Hamburg, Pulvertich 41.

Durch Fusion mit der Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich („Lichterfelder Ersatzkasse“), Ersatzkasse für sämtliche Berufszweige, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, gegründet 1884, ist die Kasse auf Grund eines Beschlusses der Körperschaften und mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 21. Juli 1932 — Senatsentscheidung — mit dem 1. Januar 1932 aufgelöst.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Kasse anzumelden.

Hamburg, den 1. August 1932.

Der Liquidator: Hudemann.

Verantwortlicher Schriftleiter: H. Scheffler, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

**Schwur in die Hand!**  
Weit übers Land spannt eure Schöpferkraft durch die Genossenschaft!

## Das Fachblatt für Holzarbeiter überwindet die Krise nur . . .

wenn die Verbandskollegen, die noch in Arbeit und Lohn stehen, Bezieher des Fachblatts werden. Sie nutzen sich selbst, tragen zur Erhaltung ihrer Fachzeitschrift bei und sichern sich den Dank derjenigen Kollegen, die wegen Arbeitslosigkeit heute auch den geringen Betrag von 60 Pfennig im Monat nicht mehr aufbringen können.

**Original-süddeutsche Hobelbänke 55 Mark**  
2 in höhere Blattlänge, Stahlspindel.  
**Werkzeug-Neuheiten!**  
Preisliste gratis und franko  
OTTO GERBER  
BERLIN - LICHTENFELDE - WEST.

**FORDERN SIE den neuen Lehrplan der Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)**  
an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

**Billigböhm. Bettfedern**  
aus reine, gutfüll. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk., u. 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. und 12 Mk., weiße ungeschl. Ruppfedern 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sackel, Lobos Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen)

Alles billiger! Westfalia Werkzeugcompany Hagen 104 I. W.

**Leim- u. Furnieröfen**  
von 44 Mk. an franko. Preis! kostenfrei.  
Gebr. Bettinger, Freiburgi. B. I.

**Hobelbänke 50 RM.**  
Zwilling, Stahlspindel, kompl. la Qual. Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie.

**Werkzeuge**  
Abbildung und Preisliste gratis.  
Karl Ramisch, Pirna, „Kaserne“

**Hobelbänke 25 bis 40M.**  
gebraucht und gut erhalten. Schraubzwingen, Knechte, Werkzeuge usw. neu und gebraucht, billig und gut.  
Fietrich Genuit, Berlin O 17, Warschauer Straße 35-42

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. gratis  
J. Brendel, Linburgerhof 93, Pfalz

**Gummiwaren** Hygienisch. Artikel Preisliste 0 gratis.  
„Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 8.

**Togal-Tabletten**  
haben sich hervorragend bewährt bei **Rheuma / Gicht Nerven-Schmerzen**  
Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Löst die Harnsäure und ist stark bakterientötend. Über 6000 Ärzten empfohlen. Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr. Arzt. Ein Versuch überzeugt! In all. Apothek. Ermäßigter Preis M. 1.25.  
Wenn Schmerzen ... Togal! 12,6 Lib., 0,46 Chinin, 74,3 Acid. acer. sal.

**Anerkannt beste Bezugsquelle! Billige böhm. Bettfedern**  
und Daunen. Nur reine, gutfüllende Qualitäten. 1 Pfund graue, gute, geschlossene 50 Pf., bessere 80 Pf., halbweiße, flaumige 1 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50, 1,90, 2,50 Mk., feinsten Herrschafts-Daunenschleiß 3, 4, 5 Mk., Graue Halbdaunen 1,75 Mk., halbweiße Daunen 3 und 5 Mk., weiße 6 Mk., feinste Brustdaunen 8,50, 10 Mk., Ruppfedern, halbweiß 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk., allerfeinsten Flaumruff 2,25, 3,25, 4,25 Mk. Versand jeder Menge zollfrei geg. Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Ausführl. Preisliste und Muster kostenlos.  
**S. BENISCH in PRAG XII.**  
Americká ulice Nr. 180, Böhmen.

**PREISLISTE FÜR BLEISTIFTE**

Blende	Duzd.	Gros
Blende Nr. 111, rund, weiß, Härte 3 und 4	0,40	4,-
Blende Nr. 24, Raufel, rund, Härte 2	0,50	5,-
Blende Nr. 48, rot poliert, sechskantig, Härte 2, 3, 4	0,65	7,-
Blende Nr. 66, rot poliert, sechskantig, Härte 2 und 3	0,75	8,-
Blende Nr. 86, grün poliert, sechskantig, Härte 1, 2, 3, 4	1,-	11,-
Blende Nr. 244, hoch, rot, Zimmerspindel, 20 cm lang	0,90	9,-
Blende Nr. 125, „Apollo“, 15 Härten, 6 B bis 7 H	3,85	37,50
Blende Nr. 125, „Apollo“, beste Qualität, hart, mittel, weich	3,85	37,50
Blende Nr. 125, „Apollo“, beste Qualität	0,60	6,-

Die obigen Preise gelten nur beim Bezug durch die Verbandsstellen. Die obigen Preise gelten nur beim Bezug durch die Verbandsstellen. Die obigen Preise gelten nur beim Bezug durch die Verbandsstellen.

Wir liefern **Tuche** ab **Damenstoffe** jeder-mann  
**Herrn-stoffe** ab **Fabrik** jeder-mann  
Verlangen Sie Muster  
Lehmann & Assmy, Altes Tuch versandhaus mit eigener Fabrikation.  
Spremberg (Lausitz) I.

**BIOX-ULTRA - ZAHNPASTA**  
Mit einer kleinen Tube zu 50 Pf. können Sie mehr als 100 x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

Mag auch die Zukunftsgewißsein, eins ist sicher: **Der Almanach 1933**  
Taschenkalender für die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes  
**erscheint Anfang November**  
Der Preis dafür wurde abermals um 20 Pfennig herabgesetzt, so daß der Almanach 1933 in Ganzleinen gebunden einschließlich Bleistift nur noch 60 Pfennig kostet.  
Bestellungen sind sofort aufzugeben, damit die Auflagenhöhe festgestellt werden kann.  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G m b H., Berlin SO 16